

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

174 (12.8.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1,90 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2,20, im Verlag abgeholt 1,90 LM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 12. August 1950

9r. 174

Churchill mahnt und beschwört Europa

Appell zu entschlossenem und beschleunigtem Handeln - Die Frage der Einbeziehung Deutschlands

STRAßBURG (UP). Winston Churchill, Großbritanniens Kriegspremier und Führer der britischen Konservativen, forderte am Freitag in einer mit Spannung erwarteten Rede vor der europäischen Versammlung in Straßburg die sofortige Bildung einer europäischen Armee unter einem einheitlichen Kommando sowie die sofortige Entsendung amerikanischer und britischer Verstärkungen auf den europäischen Kontinent. Churchill, dessen Rede den Höhepunkt der europäischen Verteidigungsdebatte bildete, fand nach Schluß seiner Ausführungen den starken Beifall der Versammlung.

Zunächst forderte Churchill die europäische Versammlung auf, ihr Verlangen durchzusetzen, daß ihr das Ministerkomitee größere Vollmachten bewillige. Alle mit einer Zweidrittelmehrheit von der Straßburger Versammlung angenommenen Entschlüsse sollten den nationalen Parlamenten übermitteln werden. Churchill nahm dann auf den Antrag des Ministerkomitees Bezug, daß die Versammlung die kommunistische Aggression in Korea verurteilen solle. Er meinte, es sei nutzlos und absurd, über die Zukunft zu sprechen, ohne militärische Erwägungen in Rechnung zu stellen.

An die deutsche Adresse

„Ich bin sehr froh, daß die Deutschen hierher gekommen sind, um an unseren Sorgen teilzunehmen“, sagte Churchill. „Sie hätten schon vor einem Jahr hier sein sollen.“ Churchill forderte die Deutschen auf, das Los der anderen europäischen Nationen zu teilen. Die übrigen demokratischen Nationen Europas würden fest an ihrer Seite stehen.

„Es ist kein Zweifel, daß wir alle in großer Gefahr sind“, rief der britische Staatsmann. Er betonte an dieser Stelle, daß die Streitkräfte der Sowjetunion mindestens sechs- oder siebenmal so stark seien wie die Westeuropas. Die westlichen Nationen hätten es versäumt, ihren Völkern einen wirklichen Schutz gegen die sowjetische Bedrohung zu geben.

Truppen auf den Kontinent!

Churchill forderte dann die sofortige Entsendung von weiteren amerikanischen und britischen Truppen auf den europäischen Kontinent, um der Gefahr der kommunistischen Aggression entgegenzutreten. Die Verteidigungsmaßnahmen müßten in denkbar kürzester Zeit durchgeführt werden. Außer der Entsendung amerikanischer und britischer Truppen sei der Wiederaufbau der ruhmrei-

chen französischen Armee nötig. Der Redner fand den Beifall der Versammlung, als er Einigkeit in der Verteidigung gegen die kommunistische Gefahr forderte. Er betonte, Europa lebe noch immer „unter dem Schirm der Atombombe“, von der die Vereinigten Staaten große Mengen besäßen. Die Sowjets könnten aber ihren Atombombenvorrat in den nächsten sieben Jahren erhöhen und möglicherweise einen Angriffskrieg vorbereiten. In der Zwischenzeit müsse deshalb die Verteidigung des Westens verstärkt werden.

Nichts darf versäumt werden

Korea habe der Welt die bestehenden Gefahren zum Bewußtsein gebracht. Die Maßnahmen zum Wiederaufbau der westlichen Verteidigung, die jetzt eingeleitet worden seien, hätte man schon vor zwei Jahren durchführen müssen. Churchill forderte die sofortige Bildung einer europäischen Armee unter einheitlichem Kommando und in diesem Zusammenhang erneut die Einbeziehung Deutschlands als Partner in die westliche Verteidigung. Man habe zersät, ein solcher Schritt

konnte der Sowjetunion den Vorwand für eine Aggression liefern. „Glauben Sie mir, die auf lange Sicht berechneten Ziele der Sowjetregierung werden von Ereignissen dieser Art nicht beeinflußt“, sagte Churchill und verlas die von ihm verfaßte Resolution, wobei er die Erwartung ausdrückte, daß die Versammlung diese Entschlüsse zur Bildung einer europäischen Streitmacht mit überwältigender Mehrheit annehmen und so den größten Beitrag zur europäischen Sache leisten werde.

Churchills Resolution

Die Entschlüsse, die Churchill einbrachte, lautet: „Die Versammlung, die hiermit ihre Ergebnisse für die Sache des Friedens und ihre Entschlossenheit zur Unterstützung der Aktion des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Verteidigung der friedlichen Völker gegen die Aggression ausdrückt, fordert die sofortige Bildung einer vereinigten europäischen Armee, die der ordnungsmäßigen europäischen demokratischen Kontrolle unterstellt wird und in voller Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada handelt.“

Große Mehrheit für Churchills Vorschläge

Beschlüsse: Aufstellung einer europäischen Armee und Ernennung eines Verteidigungsministers

STRAßBURG (UP). Die Beratende Versammlung des Europarates billigte am Freitag den Vorschlag Winston Churchills, zum Zwecke einer wirksamen Verteidigung eine europäische Armee aufzustellen und als höchste Autorität einen Verteidigungsminister zu ernennen.

Das Abstimmungsergebnis lautete 69 gegen 5 bei 25 Stimmenthaltungen. Der Stimme enthielten sich vier irische Delegierte, die meisten schwedischen und verschiedenen Vertreter der anderen skandinavischen Länder sowie einige britische Labourabgeordnete.

Churchill bezieht sich nach der Abstimmung darauf hinzuweisen, daß er nicht als Kandidat für den Posten eines europäischen Verteidigungsministers in Erwägung gezogen werden möchte.

Der Billigung war eine längere Debatte vorausgegangen, an dem sich verschiedene Redner beteiligten und teils für Churchills Anträge eintraten, teils gegen sie sprachen. U. a. erklärte der ehemalige britische Schatzkanzler Dalton, der Leiter der britischen Labour-Delegation, Churchill gegenüber, er werde sich

der Stimme enthalten. Dalton erklärte der Versammlung, Großbritannien würde sich weigern, gegenwärtig einer Föderation der europäischen Staaten beizutreten. „Wir werden aber immer bereit sein zu Konsultationen und zur Zusammenarbeit.“ Der deutsche Delegierte Prof. Carlo Schmid (SPD) hatte sich in einer Verlautbarung geäußert: „Winston Churchill hat das Pferd am Schwanz aufgesäumt. Man sollte nicht erst eine Armee und dann die parlamentarische Kontrolle schaffen. Wir bleiben dabei: der umgekehrte Weg ist der richtige.“

Brentano: „Wir stimmen zu“

Unter großer Spannung, vielfach vom Beifall zahlreicher Delegierter begleitet, nahm nach der Rede Churchills der deutsche Delegierte und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. von Brentano, das Wort, um u. a. bekanntzugeben:

„Mr. Churchill hat bei der Begründung seiner Resolution erklärt: Ich bitte die Versammlung, unseren deutschen Freunden zu versichern, daß sie ihre Sicherheit und Freiheit ebenso heilig halten werde, wie die unsrige, wenn sie ihr Schicksal mit uns in die Wagschale werfen. Ich danke im eigenen Namen und im Namen meiner Freunde für diese Erklärung.“

„Vorgestern hat mein Freund Gerstenmaier erklärt, daß wir nicht von anderen erwarten, daß sie uns verteidigen, ohne daß wir selbst unter gleichen und gerechten Voraussetzungen unseren Beitrag dazu leisten.“ Dr. Brentano fuhr dann fort: „Die Resolution, die Mr. Churchill diesem Hause vorgelegt hat, verlangt die unverzügliche Errichtung einer vereinigten Armee unter einer gemeinsamen, echt demokratischen Kontrolle. Um den demokratischen Völkern Europas und der Welt den Frieden, aber auch die Freiheit zu erhalten, sind meine Freunde bereit und entschlossen, den Gedanken einer vereinigten europäischen Armee freier und gleichberechtigter demokratischer Völker unter gemeinsamer europäischer Führung und demokratischer Kontrolle zu unterstützen.“

„Wenn wir der Resolution von Mr. Churchill unsere Zustimmung geben, obwohl Deutschland als Volk die Freiheit seines Handelns noch nicht wieder erlangt hat, so wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns der Freiheit und dem Recht gleichermaßen verpflichtet fühlen, wie die anderen Vertreter der freien Völker Europas.“

Europäische Einheitswährung gefordert

Ein Antrag in Straßburg

STRAßBURG (UP). Eine Anzahl führender Politiker aus verschiedenen Staaten und verschiedener Parteizugehörigkeit unterbreiteten der Beratenden Versammlung einen Plan für eine europäische Einheitswährung und eine europäische Bank zur Billigung. In diesem Vorschlag werden die europäischen Länder aufgefordert, einen Teil ihrer Souveränität zu opfern und eine europäische Währungsorganisation in der Art des amerikanischen Bundesbanksystems zu schaffen. Der Plan wird ergänzt durch den Vorschlag auf langfristige Investitionen in Europa.

Das Projekt soll auch den osteuropäischen Ländern die Möglichkeit einer Beteiligung geben, falls eine solche erwünscht ist. Auch den Commonwealthländern soll die Beteiligung an der Bank freistehen.

Die Aufwendungen für Straßburg

Der Finanzminister soll Auskunft geben
Bonn. (UP). Die SPD-Fraktion des Bundestages fordert in einer Kleinen Anfrage Bundesminister Schäffer auf, sich zu den „falschen Informationen“ über die Kosten der

Zieht die Sowjetbesatzung ab?

Von Olaf Almqvist

Berlin.

Gerüchten nachzugehen ist nicht immer sinnlos, zumal wenn sich aus der Zusammenfassung verschiedener Gerüchte doch diese oder jene Tatsache ergibt. In Berlin-Karlshorst, dem Sitz der SKK, ist es ziemlich leer geworden, nur noch wenige Straßenzüge sind abgesperrt, mehr Wohnblocks als bisher stehen frei. Demgegenüber sind in Jena und Leipzig umfangreiche Beschlagnahmen von Wohnraum erfolgt. Ist hier eine Umgruppierung im Gange oder bereiten sich noch größere Dinge vor?

Seit Jahr und Tag trommelt die kommunistische Propaganda auf den drei Parolen „Einheit“, „Friedensvertrag“ und „Abzug der Besatzungstruppen“ herum, manchmal setzt diese Propaganda für längere Zeit aus, dann aber erscheint sie neu aufgefrischt. Jetzt ist es einmal wieder beim Auffrischen. Der für den 25. August angesetzte „Nationalkongress“ macht sich zum Sprachrohr dieser Forderungen und die Regierung der DDR erklärt sich mit den Zielen dieses „gesamtdeutschen“ Kongresses solidarisch. Zur Zeit „wählt“ man in Ost- und Westdeutschland Delegierte zu diesem Kongress und die Vermutung ergibt sich, daß dieser Kongress eine „gesamtdeutsche“ Regierung bilden will, die sich dann für berechtigt halten könnte, mit der UdSSR in Friedensverhandlungen einzutreten. Damit wären Parole eins und Parole zwei theoretisch erfüllt, bliebe noch die Erfüllung der Parole drei.

Werden die Sowjettruppen aus Deutschland abziehen? Fast vermag niemand daran zu glauben und doch sprechen die Logik, die bisherige sowjetische Taktik und verschiedene andere Anzeichen dafür. Die SED hat auf ihrem III. Parteitag das Kriegsziel gegen Westdeutschland ausgegraben und angekündigt, daß die „Marionetten-Regierung“ in Bonn ebenso vom „Willen des Volkes hinweggefegt“ werden würde wie die Regierung Südkoreas. Das sind keine leeren Drohungen, denn hinter ihnen steht der Wunsch des Kremls, dessen Ankündigungen man doch ein wenig ernst nehmen sollte. In Korea kämpfen keine Sowjettruppen gegen die UN-Streitkräfte, wodurch es der Regierung der UdSSR ermöglicht wird, den Anschein der Neutralität zu wahren. Man wird auch bei einem etwaigen Konflikt zwischen Ost und West auf deutschem Boden nicht anders verfahren — das aber setzt einen vorherigen Abzug der Roten Armee und der SKK mit vorausgehendem Friedensvertrag mit „Gesamt-Deutschland voraus.“

Ein solcher Schachzug ergäbe ausgezeichnete propagandistische Möglichkeiten. Die westlichen Alliierten könnten nach Abzug der Sowjets nur noch formale Gründe, sowie die etwaige Bedrohung durch eine weiter aufgerüstete „Volkspolizei“ bzw. „Volksarmee“ für ihren Verbleib anführen. Lassen sie sich jedoch gleichfalls zum Abzug bewegen, dann befindet sich Deutschland in einer Situation, die völlig mit der Situation Koreas vor Ausbruch der kommunistischen Invasion übereinstimmt. Rerum cognoscere causas! Der Westen hat noch zwei bis drei Jahre Zeit, um diesem Schachzug zu begegnen. Solange Sowjettruppen noch an der Elbe stehen, wird der Kalte Krieg in Europa nicht zu einem heißen werden, wenn aber der letzte Rotarmist seinen Fuß über die Oder-Brücke setzt, um wenige Kilometer davon stehen zu bleiben, sollte der Westen hier besser gewappnet sein als in Südkorea.

Delegation für den Europarat in Straßburg zu äußern. Schäffer soll sagen, ob er diese Informationen vor ihrer Veröffentlichung gekannt und ihre Weitergabe an die Presse gebilligt habe. Die Anfrage bezieht sich auf Meldungen, nach denen die 36 Mitglieder der deutschen Straßburg-Delegation 250 000 DM und 40 Kraftwagen verlangt haben sollen.

Gemischte Freude in Bonn

Europäische Armee — das bisher schwierigste Problem

Bonn. (UP). Mit „verhaltener Freude“ und „großer Sorge“ um die kommenden schwierigen Entscheidungen empfangen Regierungskreise die Nachricht von der durch den Europarat gebilligten Forderung Churchills auf Errichtung einer europäischen Armee. Die Dynamik der Entwicklung, wie sie durch die Entscheidung des Europarates heraufbeschworen wurde, stellt die Bundesregierung vor die vielleicht schwerste Aufgabe ihrer bisherigen Amtsdauer. Durch den Vorschlag Churchills, so erklärten Regierungskreise, wird die Frage aufgeworfen, wie die Bundesrepublik trotz der von allen Parteien vertretenen Ablehnung militäristischer Tendenzen ihren Beitrag zur Sicherheit Europas leisten kann.

Ministerkomitee Ende Oktober in Rom. Das Ministerkomitee des Europarates beschloß, seine nächste Sitzungsperiode Ende Oktober in Rom abzuhalten.

Kommunisten bei Pohang vorgestoßen

Durchbruch und heftige Kämpfe an der Nordfront - Amerikaner vor den Toren Chinju

Tokio (UP). Der Brennpunkt der Kämpfe in Korea hat sich am Freitag an die Nordfront verschoben, wo die Kommunisten die südkoreanischen Stellungen zwischen Yongdok und Ulsong durchbrochen haben und in südlicher Richtung zum Hafen Pohang, etwa 40 Kilometer südlich von Yongdok, vorgestoßen sind. Pohang wurde von den Nordkoreanern besetzt. Dadurch ist der wichtige amerikanische Flugplatz südlich der Stadt bedroht.

Amerikanische Verstärkungen, darunter auch Panzer, wurden in die Kämpfe bei Pohang geworfen, um den kommunistischen Durchstoß abzuriegeln. Die Stärke der nordkoreanischen Truppen im Raum nordwestlich und westlich Pohang wird auf rund 13 000 Mann geschätzt.

Nördlich Pohang halten südkoreanische Verbände noch immer ihre isolierten Stellungen südlich Yongdok. Unter kommunistischem Druck aus dem Norden wurde hier die Front um etwa einen Kilometer nach Süden verlegt.

An der äußersten Südfrente der koreanischen Front hat das amerikanische 35. Regiment die Höhen unmittelbar östlich Chinju besetzt, obwohl der nordkoreanische Widerstand sich in diesem Abschnitt verstärkt hat. Das Oberkommando der amerikanischen 8. Armee hat Berichte erhalten, wonach Chinju von den Kommunisten geräumt worden sein soll. Kosong auf der Halbinsel südlich der Linie Masan-Chinju wurde von amerikanischen Marineeinheiten besetzt. Für diesen amerikanischen Vorstoß im Süden ist durch einen Durchbruch der Nordkoreaner von Naktong-Knie nach Süden eine Bedrohung entstanden. Die Nachschubstraße von Masan nach Chinju muß durch Tonks offen gehalten werden.

Ein kommunistischer Durchbruch in östlicher Richtung aus dem Brückenkopf am Naktong-Knie konnte durch die Wiedereroberung der Brücke bei Majuri aufgehalten werden. An der Nord- und Mittelfront dieses Brückenkopfes gewannen die Amerikaner Geländestreifen bis zu zwei Kilometer Breite zurück. Der größte Durchbruch des Brückenkopfes beträgt jetzt fünf Kilometer.

An der übrigen Front verlief der Tag ver-

hältnismäßig ruhig. Von der Naktong-Front werden keine weiteren Übersetzversuche der Nordkoreaner gemeldet. Auch am jetzt schwachen nordkoreanischen Brückenkopf bei Waewon nordwestlich Taegu ergab sich außer gelegentlichem Feuerwechsel keine Kampfaktivität. Die Südkoreaner zwischen Waegwan und der kommunistischen Durchbruchstelle östlich Ulsong meldeten bis jetzt keine besonderen Ereignisse.

Nach dem Bericht McArthurs bereiten sich die Nordkoreaner darauf vor, am 15. August den Regierungssitz nach Seoul zu verlegen, um damit vor der Welt die Einheit von Nord- und Südkorea zu demonstrieren und ihr Vorgehen als „Befreier“ zu rechtfertigen.

Acheson prangert die Sowjets an

„Anstifter des Korea-Krieges“

Washington (UP). In einer Pressekonferenz wies Außenminister Acheson darauf hin, daß die Sowjetunion die Macht habe, die kommunistischen Angreifer in Korea zurückzubehalten. Statt dessen durchkreuzte die Sowjetunion vorsätzlich die Bemühungen der UN zur Wiederherstellung des Friedens. Die Sowjetunion erstrebe ein Abkommen über Korea, wonach ganz Korea der kommunistischen Herrschaft unterworfen wird. Acheson erwähnte „am ersten Mal öffentlich die Sowjetunion als Anstifter des Korea-Konfliktes.“

Acheson forderte dann eine Abänderung der Gesetzesvorlage des Senators McCarrans zur Überprüfung der kommunistischen Tätigkeit. Er wies darauf hin, daß die Bestimmungen bezüglich der Ausschließung abtrünniger Kommunisten von der Einwanderung in die USA zu scharf abgefaßt seien. Diese Leute könnten oft bei der Bekämpfung des Kommunismus von Nutzen sein.

Schließlich teilte Acheson mit, der amerikanische Minister-Stellvertreter auf der Sitzung des Atlantikpaktes, Charles Spofford, sei davon überzeugt, daß im Hinblick auf den Korea-Konflikt und die Möglichkeit weiterer Aggressionen „sofort Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Verteidigung des nordatlantischen Bereichs zu verstärken.“

300 000 Flüchtlinge werden umgesiedelt
Erstes Umsiedlungsprogramm bis Jahresende
 Bonn (UP). Das erste Flüchtlings-Umsiedlungsprogramm wird — wie man aus dem Bundesflüchtlingsministerium hörte — bis Ende dieses Jahres verwirklicht werden. Nach dem Programm sollen 300 000 Flüchtlinge umgesiedelt werden. Ein Sprecher erklärte, es sei allerdings fraglich, ob der Beschluß des Bundesrates über die Umsiedlung von weiteren 600 000 Flüchtlingen verwirklicht werden könne.

Die Beratungen der Innenminister
Gegen die unterirdische Wählerarbeit

Bonn (UP). Die Innenminister der elf westdeutschen Länder haben, wie unterrichtet wurde, bei ihrer letzten Konferenz die Frage der Abwehr kommunistischer Umtriebe im Bundesgebiet berührt. Entgegen allen Erwartungen wurde ein Beschluß über ein gemeinsames Vorgehen gegen die illegale KP-Tätigkeit nicht gefaßt. Bonner politische Kreise warten jetzt darauf, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz, das in Köln seinen Sitz haben soll, seine Arbeit aufnimmt.

In einer Verlautbarung über die Sitzung der Innenminister heißt es, die Minister hätten sich mit der Verteilung und Finanzierung der 10 000 Polizisten befaßt, die von der Hohen Kommission zusätzlich bewilligt worden sind. In diesem Zusammenhang hätten die Innenminister auch ihre Beobachtungen über die kommunistische Infiltration ausgetauscht und beschlossen, bei der Abwehr staatsgefährdender Umtriebe eng zusammenzuarbeiten. Die Innenminister sollen übereingekommen sein, die zusätzlichen 10 000 Polizeibeamten einheitlich zu organisieren und zu uniformieren.

Ferner sollen die Innenminister — wie es heißt — inhaltlich mit den Gedankengängen der Bundesministerien übereinstimmen. Im Ernstfall wollten sie auch das Grundgesetz anwenden. Wie verlautet, will die Bundesregierung Maßnahmen der elf Länder abwarten, bevor sie selbst Schritte gegen die Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik ergreift.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat den Innenministern der Länder empfohlen, den westdeutschen Kommunisten für die Teilnahme am „Nationalkongreß“ der SED in Berlin keine Interzonenpässe auszustellen. Der Kongreß soll am 26. August stattfinden.

Amt für Verfassungsschutz genehmigt
Beschlüsse des Bundesrats

Bonn (UP). Der Bundesrat hat endgültig die Errichtung eines Bundesamtes für Verfassungsschutz zugestimmt. Die Ländervertreter billigten mit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzentwurfs auch die vorgesehene Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Fragen des Verfassungsschutzes. Dem Budgetgesetz stimmte der Bundesrat nur mit knapper Mehrheit (33:20 Stimmen) zu.

Auch der Gesetzentwurf über Personalausweise fand nicht die einheitliche Billigung des Bundesrats, da nach dem Entwurf ein amtlicher Lichtbildausweis als Personalausweis genügen soll. Die Ländervertreter sind der Ansicht, daß bei der uneinheitlichen politischen Lage in Deutschland Personalausweise nur anerkannt werden könnten, wenn sie von der Polizei ausgestellt sind. Der Bundesrat beschloß daraufhin, den Entwurf dem Vermittlungsausschuß vorzulegen.

Allen anderen Punkten der Tagesordnung wurde zugestimmt. Darunter befanden sich das Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, der Entwurf für ein Gesetz über Tabaksteuervergünstigung für das Erntehar 1950, das Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtsseinheit auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, der Entwurf über das vorläufige Handelsabkommen mit Pakistan und das Bundesversorgungsgesetz.

Hausratshilfe nur für sozial Schwächste
Massenanträge und nur 370 Millionen Mittel

Bonn (UP). Den Ämtern für Soforthilfe liegen zur Zeit rund 3,7 Millionen Anträge auf Hausratshilfe vor. Wie das Hauptamt für Soforthilfe bekanntgab, stehen nur 370 Millionen DM für die Hausratshilfe zur Verfügung, so daß zunächst nur den sozial schwächsten Gruppen geholfen werden könne.

Dr. Adenauer zurückgekehrt
Vor Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer ist von seinem Schweizer Urlaub zurückgekehrt und wieder in Bonn eingetroffen. Der Bundeskanzler wird seine Amtsgeschäfte voraussichtlich am Beginn der kommenden Woche wieder aufnehmen.

Erhöhte Aktivität der SED
Die Aufgabe des „Nationalkongresses“ — Vorbereitungen für Ostberlin

Stuttgart (UP). Nach einer Information der Landesleitung der CDU in Württemberg-Baden hat die SED allen Landessekretariaten der westdeutschen Kommunistischen Partei befohlen, zu dem sogenannten „Nationalkongreß“, der Ende dieses Monats in Ostberlin stattfinden soll, „unverdächtige“ Delegierte zu entsenden.

Dieser Nationalkongreß der SED soll nach Informationen der CDU den „nationalen Widerstand“ gegen die westlichen Besatzungsmächte „feierlich“ proklamieren. Nach der Anordnung der SED-Parteileitung dürfen nicht mehr als 15 Prozent der Delegierten der KP angehören. Dadurch soll nach außen der Schein einer gesamtdeutschen Konferenz gewahrt werden.

Nach Mitteilungen der „Täglichen Rundschau“ forderte auf einer Tagung in Schwelm das Mitglied des SED-Politbüros, Dahlem, die Abschaffung Hunderttausender von Briefen an Bekannte, Verwandte, Betriebe und Gewerkschaften in Westdeutschland, in welchen die westdeutsche Bevölkerung über die Ziele der „Nationalen Front“ und den Kampf um den Frieden „aufgeföhrt“ werden sollen.

Bombe auf belgische Staatsversammlung

Aufregende Abstimmung in Brüssel — Keine Stimme gegen Baudouin

Brüssel (UP). Zu einem aufregenden Zwischenfall kam es während der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des belgischen Parlaments. Als die Abgeordneten und die Senatoren sich versammelt hatten, um die königlichen Prärogativen auf den Prinzen Baudouin zu übertragen, wurde von einem belgischen Offizier, der später als Major Graf de Corbwaren identifiziert wurde, von der Publikumsгалerie eine Rauchbombe in den Saal geworfen.

Die Bombe fiel mitten zwischen die Blitze der sozialistischen Fraktion in unmittelbarer Nähe von Frau Spaak, der Mutter des bekannten belgischen Sozialisten, und des Parteivorsitzenden Buset. Die starke Rauchentwicklung zwang zu einer kurzen Unterbrechung der Sitzung. Ein Brand, der von der Bombe verursacht wurde, konnte sofort gelöscht werden. Kurze Zeit nach dem Zwischenfall kehrten die Abgeordneten wieder in den Saal zurück, wobei aus den Reihen der Sozialisten Rufe wie „Mörder“ und „Verbrecher“ laut wurden, die an die Adresse der Regierungspartei gerichtet waren.

Keine Gegenstimme

Unverzüglich ging nun das Parlament an die Abstimmung über die Übertragung der königlichen Vollmachten auf den Kronprinzen. 349 Stimmen wurden für das Gesetz abgegeben, keine Stimme dagegen, während 8 Abgeordnete sich ihrer Stimme enthalten.

Durch diese Abstimmung beider Häuser wurde König Leopold III. seiner königlichen Vollmachten entledigt, die auf seinen Sohn, den nunmehrigen Statthalter und königlichen Prinzen, Baudouin, übertragen wurden.

Noch immer war die Luft im Sitzungssaal von Rauch erfüllt, als das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde. Der „Attentäter“ war inzwischen von Beamten der Militärpolizei festgenommen worden. Als er abgeführt wurde, rief er: „Es lebe der König!“

Baudouin ist Staatsoberhaupt

Kurz darnach leistete Prinz Baudouin vor dem Parlament seinen Eid und wurde damit Staatsoberhaupt Belgiens. Der Prinz trägt jetzt den Titel eines „Statthalters des Reiches“ und hat damit die Rechte eines Regenten. Kurz vor

der Eidesleistung war der 19 Jahre alte Prinz zum Generalleutnant der Armee ernannt worden. An seinem 21. Geburtstag, dem 7. September 1951, soll sein Vater, König Leopold III., abdanken, während er selbst zum König der Belgier gekrönt werden soll.

Während der Eidesleistung entstand im Parlament ein Aufruhr, da die Kommunisten unter lauten Rufen „Vive la republique“ mit den anderen Abgeordneten handgemein wurden.

Ohrring vor dem Thronessessel

Prinz Baudouin, vor dem großen vergoldeten Thronessel im Parlamentsgebäude stehend, erhob gerade seinen rechten Arm und begann die Eidesformel zu sprechen, als der Generalsekretär der kommunistischen Partei, Lalmand, in den Saal rief: „Vive la republique“. Ein neben Lalmand sitzender christlich-sozialer Abgeordneter versetzte diesem einen Hieb, die Mehrheit der Abgeordneten brach in lauten Beifall aus.

Als der Applaus abebbte und Prinz Baudouin erneut den Eid zu sprechen begann, riefen die zehn Kommunisten wieder laut „Vive la republique“. Die Eidesleistung wurde durch diesen Zwischenfall um vier Minuten verzögert. Einmal auf französisch und dann auf französisch sprach Prinz Baudouin darauf feierlich seinen Eid. Zur Linken des goldenen Thrones saß Kardinal von Roey, der Primas von Belgien und Erzbischof von Malines.

Die Präsidenten der drei großen Parteien begaben sich am Nachmittag zu König Leopold, um ihm den Dank des belgischen Volkes auszusprechen. Am Abend reichte Ministerpräsident Duvieusart dem Regenten den Rücktritt der Regierung ein, der angenommen wurde. Man nimmt an, daß nunmehr ein anderer christlich-sozialer Politiker mit der Regierungsbildung beauftragt wird. König Leopold III. hielt über den Rundfunk eine Abschiedsrede, in der er alle Belgier aufforderte, sich um Prinz Baudouin zu scharen. Er bat die Bevölkerung „die Vergangenheit zu vergessen und nur an die Zukunft zu denken“. Wie man noch hört, wird sich die Prinzessin von Rethy, die zweite Frau des Königs Leopold demnach nach Belgien zu König Leopold begeben.

Malik will jede Beschlussfassung verhindern

Endlose Debatten im Sicherheitsrat — Wieder kein Ergebnis

Lake Success (UP). Als am Freitagabend die neue Sitzung des Welt Sicherheitsrates begann, schien es, als sei man von der Tagesordnung weiter entfernt als je zuvor. Malik forderte, wie häufig in den letzten Tagen, eine Abstimmung über die Einladung eines nordkoreanischen sowie eines Vertreters des kommunistischen China.

Dazu kam es nicht, aber wieder wurde geschäftsordnungsmäßig geredet, bis schließlich der britische Delegierte Sir Jebb das Wort erhielt, der energisch gegen den internationalen Kommunismus Stellung nahm und die sowjetische Erklärung zurückwies, daß es sich bei den Auseinandersetzungen in Korea um einen Bürgerkrieg handle.

Sir Jebb erklärte, daß ungeachtet der endgültigen Lösung, die von Rat gefunden werde, die kommunistischen Streitkräfte als erste notwendige Voraussetzung sich dahin zurückziehen hätten, wo sie hergekommen seien. Im weiteren Verlauf seiner Rede nahm Jebb zu der Behauptung des Vorsitzenden Stellung, daß die in Korea kämpfenden UN-Streitkräfte imperialistische Gruppen seien, die unter der Weisung der regierenden Kreise Amerikas kämpfen. „Zeigen Sie mir, Herr Präsident, einen amerikanischen Soldaten, der lieber über die äußere Mongolei herrschen möchte, als daß er nach Seattle zurückgeht — und ich will Ihnen gerne in ihrer Behauptung von den imperialistischen Amerikanern recht geben.“

Sir Jebb wandte sich sodann dem zweiseitigen Boykott der Vereinten Nationen durch die sowjetische Delegation zu und leitete die Auffassung ab, daß die Weltorganisation nur funktionieren könne, wenn sie entsprechend den Wünschen und Forderungen eines einzigen Mitglieds handle. „Allerdings“, fuhr Jebb fort, „auf Grund der besonderen, überholten deterministischen Philosophie, die Sowjetunion gezwungen, sich an die Vorstellung zu halten, daß sich alles so abspiele, wie die sowjetischen Propheten es vorausgesagt haben.“

Malik ergriff daraufhin wieder das Wort und bemerkte, daß die Rede seines Vorgängers übergegangen werden könne, da ihr jede philosophische Unterbauung fehle und lediglich darauf abgestellt sei, die „längstvergangene und überholte Theorie“ zu verteidigen, daß die Engländer und Amerikaner für immer die Herrschaft über die Völker Asiens beibehalten müßten. Malik machte seinerseits die Vereinten Staaten für den Angriff in Korea verantwortlich.

Daraufhin vertagte sich der Sicherheitsrat ohne Beschlussfassung auf Montag.

Tausende US-Offiziere einberufen
Zur Dienstleistung für 21 Monate — Ungewöhnlich Freiwilligenmeldungen

Washington (UP). Die amerikanische Armee hat 7862 Reserveoffiziere im Hauptmanns- und Leutnantsrang für eine Zeit von 21 Monaten zum aktiven Dienst einberufen. Das Ministerium erklärt im Einberufungsbeleg, daß sie mit Beginn des 6. Oktober ihren Dienst antreten müssen.

Es handelt sich bei diesen Einberufungen um die erste Maßnahme dieser Art nach Ausbruch des Koreakonfliktes. Sie war notwendig geworden, da sich die erforderliche Zahl von Freiwilligen nicht gemeldet hatte. Gleichzeitig gab die Armee die Einberufung von Ärzten, Zahnärzten und Veterinären zum aktiven Dienst bekannt.

Deutschlandbericht Spofford

Washington (UP). In amtlichen Kreisen Washingtons macht man kein Hehl daraus, daß Deutschland und der deutsche Standpunkt zur Wiederaufrüstung in den Berichten von Spofford an die amerikanische Regierung einen breiten Raum einnehmen. Spofford, der amerikanische Delegierte im Rat der Außenminister-Stellvertreter der Atlantikpaktmächte, hat in London bei den Besprechungen dieser Organisation den Vorsitz geführt und ist jetzt nach Washington zur Berichterstattung zurückgekehrt.

In seinen Erörterungen mit amerikanischen Regierungsoffizieren hat Spofford auf Mitteilung von Beamten des Außenministeriums berichtet, daß die deutsche Bundesrepublik lieber einen Beitrag zur gesamteuropäischen Aufrüstung liefern würde und zwar innerhalb einer zu diesem Zweck gebildeten Organisation, als selbst als einziger Staat die Aufrüstung zu betreiben.

Eine Aufrüstung Deutschlands ist auch von den deutschen Delegierten in der Straßburger Versammlung abgelehnt worden. Auch sie betonten, daß Deutschland nur innerhalb einer gesamteuropäischen Rahmens und unter gleichen Bedingungen wie die anderen Staaten sich an der Verteidigung beteiligen wolle.

Sondersitzungen beider Häuser
Zur Behandlung militärischer Fragen

London (UP). Der britische Ministerpräsident Attlee hat beide Häuser des Parlaments für den 12. September zu einer Sondersitzung über Verteidigungsfragen einberufen lassen. Attlee faßte diesen Beschluß nach einer Kabinettskonferenz mit den Generalstabsoffizieren. Es ist anzunehmen, daß die Fragen der militärischen Dienstverlängerung von 18 Monaten auf 2 Jahre und die geplante Söldnerhöhung zur Debatte stehen dürfen, die das Kabinett vorgesehen hat.

Besprechungen über Formosa

Das besorgte England will Klarheit haben
 London (UP). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums gab bekannt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien die Besprechungen über Formosa begonnen haben. Die britische Regierung hoffe, daß die Vereinigten Staaten ihre Haltung gegenüber der Regierung Tschiangkaischek und der von ihr verwalteten Insel klar definieren werden.

Bundesregierung dementiert. Die Bundesregierung dementierte Pressemeldungen, nach denen sie sich grundsätzlich für die Aufnahme des Handels mit der Sowjetzone ausgesprochen haben soll.

Schumanplan-Delegation Ende der Woche in Bonn. Die deutsche Delegation bei den Verhandlungen über den Schumanplan in Paris wird Ende dieser Woche in Bonn weilen, um mit der Bundesregierung Besprechungen zu führen.

Zwei KP-Zeitungen verboten. Der britische Landeskommissar in Nordrhein-Westfalen, Generalmajor Bishop, hat die kommunistische „Neue Volkszeitung“ in Dortmund und das KP-Blatt „Volksecho“ in Detmold für drei Monate verboten, weil sie behauptet hätten, die Bundesregierung habe die Genehmigung zur Einfuhr von Waffen und Kriegsmaterial wie Giftgas, Panzer und Geschütze erhalten.

Am Rande bemerkt

„Wenn wir das 1945 gewußt hätten...“

Ein kleiner Zeitungsausschnitt flattert auf meinen Schreibtisch. „Schreiben Sie eine Glosse oder Randbemerkung darüber“, sagte mein Chef und verschwand.

Ich las den kleinen Artikel, griff mir an den Kopf und las ihn zur Sicherheit noch einmal. Dann begann ich meine Gedankenmaschine anzukurbeln. Der Automat schien nicht zu funktionieren, denn aus den Fächern „Glosse“ und „Randbemerkung“ fiel nichts heraus, obwohl der Zeheer — in Gestalt des kleinen Zeitungsausschnittes — mit hartem Klang gefallen war.

Dann las ich zum dritten Mal. Allerlei Gedanken um das Wörtchen „wenn“ fielen mir ein: vom „Wenn mein Vater Millionär...“ bis zum „Wenn mancher Mann wüßte...“ aber was ich über den Zeitungsausschnitt schreiben sollte — das fiel mir nicht ein.

Hören Sie einmal selbst: Der Abteilungsleiter für öffentliche Angelegenheiten beim amerikanischen Landeskommissariat für Hessen, Dr. Ernst Anspach, äußerte: „Es wäre manches anders gekommen, wenn wir 1945 das gewußt hätten, was wir heute wissen. Wir müßten zugeben, daß die Deutschen mit ihrer Warnung vor der aus dem Osten drohenden Gefahr und ihrem Wissen um die Verhältnisse uns voraus waren.“ Gewiß, auch Churchill drückte sich einmal so ähnlich aus... aber was hilft?

Wenn sie gewußt hätten — ... leider wußten sie nicht. Und ich weiß beim besten Willen nicht, was ich über diese kurze Zeitungsnote schreiben soll. Mein Trost ist der lapidare Satz: Laßt Tatsachen sprechen! st.

London erwartet Elizabeths Baby

Jeden Augenblick kann das Ereignis eintreten

London (UP). Mit gedämpfter Stimme und bemüht, möglichst leise aufzutreten, gingen am Freitag die Londoner am Clarence House vorbei, in dem Prinzessin Elizabeth stündlich die Geburt ihres zweiten Babys erwartet. Der Herzog von Edinburgh äußerte, daß er jeden Augenblick erwarte, zum zweiten Mal Vater zu werden. Aus Kreisen des Hofes wurde mitgeteilt, daß Prinzessin Elizabeth sich bei bester Gesundheit befindet und die Ärzte keinen Grund zur Sorge sehen. Allerdings verlief die Geburt von Prinz Charles nicht ohne Komplikationen.

Peinlicher Vorfall am Badestrand

Touristen ihrer Kleider und Ausrüstung beraubt

Neapel (UP). Zwei französische Touristen, Lavain und Quintero, die am Fluß Volterra in einem Zeit ihr Lager aufgeschlagen hatten, stellten nach dem Bade fest, daß ihr Zeit, das Motorrad, die gesamte Ausrüstung und sogar die Kleider gestohlen waren. Sie waren gezwungen sich in ihren Badekostümen in die nächste Stadt zur Polizei zu begeben. Dort wurden ihnen Anzüge und Fahrkarten gegeben, so daß sie die Heimreise antreten konnten.

Ein reizendes Ehepaar

Man löste sich im Gefängnis ab

Detroit (UP). Vor zwei Monaten wollte Frau Virginia Yeager sich besonders hübsch machen, um ihren Mann ins Gefängnis zu begleiten. Sie holte sich ein schönes Kleid. Leider gehörte es nicht ihr. Yeager mußte allein gehen.

Vor wenigen Tagen wurde Yeager entlassen. Seine Frau Virginia wollte sich besonders schön machen, um ihn zu empfangen. Sie holte sich ein Kleid... (siehe oben). Yeager kehrte allein aus dem Gefängnis zurück.

Britischer Dampfer auf Mine gelaufen. Das britische Handelsschiff „Supremity“ ist in dänischen Gewässern auf eine Mine gelaufen. Der Frachter funkte, er habe nur leichte Beschädigungen erlitten und befinde sich nicht in Gefahr, benötige aber Hilfe.

„Nixe“, ein neuer Radio-Koffer
für Lichtnetz und Akku

Ein Rundfunk-Universal-Gerät, das nicht nur an allen Netzspannungen (Gleich- und Wechselstromnetze von 110 und 220 Volt) angeschlossen sondern auch mit eingebauter Batterie betrieben werden kann, haben die Blaupunktwerke unter der Type „Nixe“ herausgebracht. Bekanntlich ist ein Koffergerät durch die häufige Auswechslung der Batterien auf die Dauer zu kostspielig. Heute hat man fast überall im Urlaub und auf Reisen Gelegenheit, ein Rundfunkgerät an das Netz anzuschließen. Die in dem neuen Gerät eingebaute Batterie reicht bei einer Betriebsdauer von über 100 Stunden in der Regel für eine ganze Saison aus, die Betriebskosten bei Batteriebetrieb betragen kaum mehr als 20 Pfg. pro Stunde, und am Lichtnetz entspricht der Stromverbrauch dem eines normalen Radio-Empfängers.

Der neue Radio-Koffer als Sechskreis-Vollsuper mit drei Wellenbereichen (Kurz-, Mittel- und Langwelle) besitzt 5 Röhren. Im Gerät ist eine Antenne eingebaut, außerdem ist eine zusätzliche Antennen-Buchse für den Anschluß an eine Hochantenne vorgesehen. Die Umschaltung von Batterie- und Netzbetrieb erfolgt in einfachster Weise durch Herausziehen eines Steckers nach Öffnen der Rückwand des Gerätes und Einstecken in die Lichtsteckdose. Die auffallend gute Tonqualität und Klangreinheit des neuen Koffer-Radios ist durch Verwendung eines vorkorrigierten permanent-dynamischen Lautsprechers erreicht worden, dessen Ton durch eine dreistufige Tomblende je nach Bedarf für Sprache und Musik gehörig angepaßt werden kann, so daß die Wiedergabe der etwas tieferen Radiogeräte entspricht. Eine genügende Kraftreserve für den schwindfreien Empfang der Sender wurde durch einen zwei-stufigen automatischen Schwundausgleich erreicht. Die Ein- und Ausschaltung des Gerätes wird durch das Öffnen bzw. Schließen des Skalen-Deckels automatisch bewerkstelligt. (tpd)

Umschau in Karlsruhe

Karlsruher Künstler nach Paris eingeladen. Die Karlsruher Solisten Werner Lauckisch (Cello) und Hildegard Matzka (Klavier) wurden im Rahmen des internationalen Kultur-austauschprogramms für eine vierwöchige Tournee verpflichtet, die mit drei Konzerten in Paris endet.

Einbruch in Großhandlung

Zwei Jugendliche wurden ermittelt, die eine größere Geldsumme beim Einbruch in eine Durlacher Großhandlung aus einem Schreibtisch entwendeten.

Radfahrer wurde angefahren

Ein Radfahrer, der Ecke Albufer- und Junker-u-Ruh-Straße von einem Kraftwagen angefahren wurde, erlitt Verletzungen, so daß man ihn ins Krankenhaus überführen mußte.

Ein geistesgegenwärtiger Polizist

Einen Zwischendeckenbrand, der gestern nachmittag in einem Lederwarengeschäft Ecke Kaiser- und Lammstraße ausbrach, konnte durch das Eingreifen eines Polizisten nahezu gelöscht werden, bevor die Berufsfeuerwehr am Brandplatz erschien.

Aus der badischen Heimat

Festliche Brückenweibe in Mannheim

Mannheim (dd). Die Stadtverwaltung von Mannheim hat das Festprogramm für die Einweihung der Friedensbrücke in Mannheim am 31. August bekanntgegeben. Danach werden Bundespräsident Heuss, der württemberg-badische Ministerpräsident Maier und der nordbadische Landesbezirkspräsident, Finanzminister Kaufmann an den Feierlichkeiten teilnehmen. Der Bundespräsident wird um 11 Uhr von Oberbürgermeister Heimerich an der Einmündung der Autobahn nach Mannheim empfangen und zur Friedensbrücke geleitet werden. Anlässlich der Brückenweihung gibt die Bundesbahn im Umkreis von 50 Kilometer um Mannheim Sonntagskarten aus.

Abschiedsparade für General Huebner

Heidelberg (ZSH). Mit großen Vorbereitungen und einer Luftparade nahm der bisherige Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Huebner, Abschied von seinem Dienstort in Heidelberg. General Huebner wird in die USA zurückkehren. Nach einem Empfang in seinem Hauptquartier nahm der General die Vorbereitungen ab. Durch ein kilometerlanges Spalier fuhr General Huebner zum Hauptbahnhof und bestieg unter den Klängen einer Negerkapelle und dem Donner der Salutsschüsse seinen Sonderzug.

Odenwaldgemeinde begeht 700-Jahrfeier

Heidelberg (dwb). Die Odenwaldgemeinde Heddesbach bei Heidelberg feiert am Wochenende ihr 700-jähriges Bestehen. In dem Dorf leben heute rund 500 Einwohner. Am Samstagabend soll das von einer Einwohnerin des Dorfes geschriebene Festspiel „Bilger von der Harfenburg“ aufgeführt werden. Von der alten Harfenburg bei Heddesbach sind heute nur noch wenige Mauerreste zu sehen. Am Sonntag finden ein Festzug in historischen Trachten, ein Feuerwerk und eine Festbeleuchtung der um das Jahr 1200 gebauten mittelalterlichen Dorfkirche statt.

Vergessene Komposition wieder aufgefunden

Heidelberg (dwb). Von dem Schriftführer des Männergesangsvereins „Liedertafel“ wurde in Ziegelhausen bei Heidelberg ein fast hundert Jahre altes Notenblatt des Komponisten Vinzenz Lachner (1811 bis 1893) wieder aufgefunden. Auf dem alten Blatt ist ein Psalm in Noten gefaßt, den der Komponist, der damals Kapellmeister in Mannheim war, im Jahre 1834 dem damaligen Leiter des Ziegelhäuser Männergesangsvereins, dem Kunst-

maier Anton Hanno zum Geschenk gemacht hatte. Der Psalm soll bei einem der nächsten Konzerte des Gesangsvereins aufgeführt werden.

„Odenwaldpost“ nahm ihren Betrieb auf

Heidelberg (ZSH). Ein alter Wunsch der Gemeinden des nordbadischen Hinterlandes ging in Erfüllung: Die „Odenwaldpost“, die Heidelberg und Buchen miteinander verbindet, hat ihren Betrieb aufgenommen. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat damit den vielen Eingaben die immer wieder an das Verkehrsministerium gerichtet wurden, entsprochen. Die Kraftlinie verkehrt auf der Strecke Heidelberg — Neckargemünd — Eberbach — Schlossau — Madau — Buchen.

Getreide- und Heuerträge verbrannt

Eberbach (ZSH). Durch Blitzschlag geriet ein landwirtschaftliches Anwesen in Neckargemünd in Brand. Die rasch eingreifende Feuerwehr konnte wohl das Abbrennen der Scheune verhindern, jedoch wurde durch Wasser und Feuer die Getreide- und Heuernte fast restlos vernichtet.

Die anstößige „Schlachtstraße“

Tauberbischofsheim (dwb). Der Tauberbischofsheimer Stadtrat erhielt dieser Tage einen offenen Brief vom Vorsitzenden des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ in der Sowjetzone, Johannes R. Becher. Anlaß zu dem Brief Bechers hatte eine Pressenotiz gegeben, in der berichtet worden war, die Stadt Tauberbischofsheim habe eine Straße den Namen „Schlachtstraße“ gegeben, obwohl auch die Bezeichnung „Friedensstraße“ vorgeschlagen worden sei. Becher hatte über diesen vermeintlichen Gegensatz von „Schlacht“ und „Frieden“ auf sieben Seiten Stellung genommen, ohne zu ahnen, daß der Name von der im Grundbuch eingetragenen Gewannbezeichnung „Schlacht“ herrührt. Als „Geschlacht“, im Dialekt heute noch „G'schlocht“, bezeichnet man einen mittelalten bebauungsfähigen Boden.

Der Plakatkrieg geht weiter

Südweststaatanhänger stellen Strafantrag. Freiburg (dwb). In dem Plakatkrieg, der seit etwa einer Woche in Südbaden zwischen den Anhängern des Südwesstaats und den Befürwortern der Wiederherstellung des alten

Landes Baden entbrannt ist, haben die „Südweststaatler“ einen neuen Vorstoß unternommen: Die Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg hat bei der Staatsanwaltschaft Freiburg Strafantrag wegen Sachbeschädigung gegen verschiedene Personen gestellt, die Plakate der Arbeitsgemeinschaft beseitigt oder beschädigt haben.

In einem Schreiben an den badischen Innenminister bat außerdem der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft in Südbaden, Albert Maria Lehr, die Frage der Plakatwerbung für den Südwesstaat in einem großzügigeren und wohlwollenderen Sinne zu behandeln, als dies bisher geschehen sei. Die Arbeitsgemeinschaft vertrete die Auffassung, daß es sich um eine nur vorübergehende Propaganda handle, die weder das Landschaftsbild auf die Dauer störe, noch sonstwie unangenehm sei. Als erstaunlich bezeichnete Lehr, daß durch motorisierte Gendarmerie auch solche Plakatafeln eingezogen worden seien, die von der Arbeitsgemeinschaft mit Genehmigung der Grundstückseigentümer für zwei Tage auf Privatgrundstücken aufgestellt wurden. Noch in keinem Falle haben man bisher gehört, daß bei solchen Verwekungen die Polizei eingesetzt worden sei. Man habe bisher auch nie davon gehört, daß die Polizei zum Beispiel gegen die Kommunisten und Angehörige der FDJ erfolgreich vorgegangen wäre, als diese im ganzen Lande Hauswände, Brückenpfeiler und öffentliche Gebäude mit Inschriften versehen hätten. Nur wenn es sich um den Anschlag von Plakaten der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg handle, reagiere man „äußerst empfindlich“.

Chef der Zollfahndung verhaftet

Er wollte „das genaue Ausmaß feststellen“. Lörrach (dd). Im Rahmen einer umfassenden Untersuchungsaktion gegen Angehörige der südwestdeutschen Zollverwaltung wurde auch der ehemalige Leiter der Zollfahndungsstelle Grenzsch, Zollamtmann Klingenschmidt, in Untersuchungshaft genommen. Klingenschmidt leitete von 1946 bis Mitte dieses Jahres von der inzwischen nach Freiburg verlegten Dienststelle in Grenzsch aus den gesamten südbadischen Zollfahndungsdienst an der schweizerischen Grenze. Er war bereits vor einigen Wochen von seinem leitenden Posten suspendiert worden.

Zuckerversorgung vorerst sichergestellt

Es wird mit einer Rekorderte geerntet

Stuttgart (dwb). Württemberg-Baden erhält auf Anweisung des Bundesernährungsministeriums für den Monat August vorerst 4700 Tonnen Zucker. Vom Bundesernährungsministerium wurde ausdrücklich betont, daß es sich um eine Teilfreigabe handle, die man im August auf insgesamt 7483 Tonnen zu erhöhen beabsichtige. Die Teilfreigabe von 4700 Tonnen und ein Rest von rund 300 Tonnen aus der dem Lande Württemberg-Baden zusätzlich gewährten Quote von 2390 Tonnen macht es möglich, vorerst 70 Prozent des für die Zeit von Januar bis Juni 1950 festgestellten durchschnittlichen Monatsverbrauchs zu decken. Die Zuckerfabriken werden den Großhandel, der Großhandel des Einzelhandels auf Anweisung des Landwirtschaftsministeriums nach diesem Schlüssel beliefern. Wenn ein Großhändler im Monatsdurchschnitt des ersten Jahres 100 t bezogen hat, wird er im August vorerst 70 t zur Verteilung erhalten. Allerdings wird er diese Quote nicht auf einmal erhalten können.

Der Zuckerverbrauch hat in Württemberg-Baden von Januar bis April 1950 im Monatsdurchschnitt rund 6000 Tonnen betragen (davon waren rund 5100 Tonnen monatlich von den Zuckerfabriken im Lande geliefert worden). Mit der demnächstigen Abschaffung der Zuckerkarten steigt der Verbrauch im Monat Mai auf über 9000. Im Juni erreichte der Ver-

brauch 19 781 Tonnen. In den ersten Tagen des Juli setzten Angst- und Hamsterkäufe massiv ein und führten zu einem Verkauf von 3420 t innerhalb einer Woche durch die Fabriken. Am 8. Juli wurde der Zucker kontingentiert. Auf diese Kontingente wurden die in den ersten acht Julitagen an die Großhändler gelieferten Zuckermengen angerechnet. So konnte ohne weiteres der Fall eintreten, daß ein Großhändler sein Kontingent schon erhalten und es die Einzelhändler verteilt hatte und deshalb seinen Kunden in der Zeit vom 8. bis zum 31. Juli keinen Zucker mehr liefern konnte. Viele industrielle und handwerkliche Betriebe, die früher immer nur den zur unmittelbaren Verarbeitung erforderlichen Zucker vorrätig hatten, legten sich nun nach den ersten Anzeichen der Verknappung größere Vorräte an. Das Landwirtschaftsministerium betont, daß es nun von der Disziplin aller Verteiler und Verbraucher abhängt, ob die angespannte Lage in der Zuckerversorgung mit der für den Monat August freigegebenen Zuckerquote aufgelockert werde. Wie das weiter ergeht, ist im Bundesgebiet in diesem Jahre mit einer Rekorderte von Zuckerrüben zu rechnen. Man erwartet eine Zuckerproduktion von 705 000 Tonnen aus eigener Ernte. Im Jahre 1949 hatte die westdeutsche Produktion 520 000 Tonnen, der gesamte Zuckerverbrauch rund 1,2 Millionen Tonnen betragen.

Klingenschmidt wird beschuldigt, umfangreiche Schmuggelaktionen von der Schweiz nach Deutschland geduldet zu haben. Nach seiner Verhaftung erklärte er, die falsch deklarierten Warentransporte zunächst nicht unterbunden zu haben, um das genaue Ausmaß der Schmuggelaktionen und den ganzen Täterkreis feststellen zu können. Die aufgedeckten Großschleubungen reichen bis in das Jahr 1949 zurück.

Insgesamt sollen 200 Großsendungen zollpflichtiger Waren aus der Schweiz illegal in den westdeutschen Handel gebracht worden sein. Ein Schweizer Staatsangehöriger aus Basel, der ebenfalls verhaftet wurde, wird als einer der Hauptakteure jenseits der Grenze angesehen. Auch verschiedene deutsche Spezialeure sind in die Affäre verwickelt.

2000 Uhren im Diplomatengepäck

Lörrach (hpd). Im Feldberggebiet wurden in diesen Tagen zwei Schweizer Staatsangehörige verhaftet, die im Diplomatengepäck, das an der Grenze nicht kontrolliert wird, rund 2000 Uhren nach Deutschland geschmuggelt hatten. Fünfmal hatten die Diplomaten auf diesem Wege eine große Anzahl wertvoller goldener Uhren über die Grenze gebracht. Wie aus Freiburg verlautet, hat die badische Regierung beim Bund gegen diesen Vertrauensmißbrauch protestiert.

Postbeamte in Gewissenskonflikt

Freiburg (UP). Als die Anhänger des Südwesstaates eine Postwurfsendung verteilen ließen, schrieb das Postamt Zell im Wiesental (Südbaden) dem Generalsekretariat der „Arbeitsgemeinschaft für den Südwesstaat“: „Wir haben Ihre Postwurfsendung erhalten und verteilt. Wir werden aber für Baden eintreten. Wir brauchen keinen Südwesstaat.“

15 Todesfälle durch spinale Kinderlähmung

Stuttgart (dwb). In Württemberg-Baden sind vom 1. Januar bis zum 8. August 1950 insgesamt 143 Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. 15 der Erkrankten sind gestorben. Nach den Angaben der Gesundheitsabteilung im württemberg-badischen Innenministerium sind von diesen Erkrankungen 38 Fälle und vier Todesfälle nach dem ersten August dieses Jahres gemeldet worden. Im Jahre 1949 waren in Württemberg-Baden insgesamt 129 Erkrankungen aufgetreten, von denen acht tödlich verlaufen waren.

Was geschieht mit der Rundfunkgebühr?

Stuttgart (dwb). Von den 2 DM, die jeder Rundfunkhörer in Württemberg-Baden monatlich als Gebühr bezahlt, werden vom Süddeutschen Rundfunk genau 51 Pfg. für Gehälter verwendet. Die Post erhält monatlich 39 Pfg. und zwar lediglich für das Einkassieren der Gebühren und den Entwürfdienst. Für Kabelkosten erhält die Post von jeder Hörergebühr weitere 6 Pfg. 31 Pfg. erhalten die freien Mitarbeiter, deren Zahl im Monatsdurchschnitt 1200 erreicht. 23 Pfg. machen die technischen Betriebskosten des Süddeutschen Rundfunks je Hörergebühr aus. 14 Pfg. decken die Abschreibung für die Abnutzung der Anlagen. 4 Pfg. werden an Lizenzgebühren für Aufführungen und Vervielfältigungsrecht an Autoren gezahlt. Alle übrigen Aufwendungen betragen 23 Pfg. Der Rest von 16 Pfg., der dann von den 2 DM Hörergebühren noch übrigbleibt, wird dem Kapitalkonto des Süddeutschen Rundfunks zugeschrieben.

Schwere Schäden durch Unwetter

Eppelheim (dwb). In Eppelheim bei Heidelberg schlug während des schweren Unwetters am Mittwochabend der Blitz in eine Scheune ein. Das Gebäude mit den gesamten Erntevorräten brannte nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden wird auf über 20 000 DM geschätzt. Zum zweiten Male innerhalb von 8 Tagen wurde Heidelberg von einem schweren Unwetter heimgesucht. Dieses Mal wurde vor allem der Stadtteil Neuenheim in Mitleidenschaft gezogen. Ein schwerer Hagelschlag hat den Obstkulturen an den Berghängen weitere Schäden zugefügt.

Das Liesebethli

Roman aus den Schweizer Bergen von Doris Eide

Copyright by Verlagshaus Rautinggen Oertel & Spörer

10. Fortsetzung.

In der Küche fand Hanstöni auf dem Herd Kaffee und Kartoffeln bereit zum Wärmen. Er fachte die Glut von neuem an, schnitt Speck in die Pfanne und schüttete die geschälten Kartoffeln dazu, dabei schimpfte er ein wenig vor sich hin, weil ein ausgewachsenes Mannsbild wie er so weibisches Fetzzeug machen mußte. Aber es war ihm mit dem Schelten nicht ernst, seine Augen blieben hell und fröhlich dabei, und er schnupperte begänglich nach dem köstlichen Ruch des leise brutzelnden Specks. Während die Kartoffeln bräunten, lief er schnell einmal in den Stall, nach dem Fuchs zu sehen, der ihn mit Wiewern begrüßte. Auf dem Stroh in der Ecke holte Gottlieb in kleinen Portionen den versumpten Nachtschlaf nach, er war gar nicht mehr in die Federn gegangen. Hanstöni kittelte ihn in übermütiger Laune mit einem Strohhalm an der Nase, der Alte wurde wach und schaute verloren um sich. Bevor er aber einen Schwatz beginnen konnte, war Hanstöni wieder hinaus und in der Küche. Zufrieden schaute er auf die fertige Rösti und schlug noch ein paar Eier darüber in das brutzelnde Fett. Während er die Pfanne auf den Küchentisch stellte, Brot, Käse und Kaffee dazu, pfiff er sich eins.

Es dauerte nicht lange, so schlurfte Gottlieb herein, anezogen von dem guten Ruchlein. Er

sah sich immer näher heran und schaute verlangend auf die Rösti.

„Da, halt mit!“ sagte der Hanstöni und fachte eine zweite Holzgabel aus der Lade, die er dem Alten zuwarf. Dann schnitt er ein schönes Stück Käse ab und hielt es dem Alten hin.

„Hei, wie leuchteten da die alten, wässrigen Auglein! So ein unvermutetes Mahl gibt es nicht alle Tage, und was bleibt dem Alter schließlich noch an Freuden, außer Speis und Trank? Mit einer Elle, die dem Jungbauern ein Lächeln entlockte, grub er sich von der andern Seite durch den duftenden Kartoffelberg. Auf einmal, mitten im Schmausen, überfiel ihn ein Gedanke, so jähling, so schwer, daß er die Gabel hinlegen mußte.

„Jesus, Maria und Joseph!“ murmelte er erschrocken.

„Was hast denn, Gottlieb? Kein Platz mehr im Bauch?“ forschte Hanstöni verwundert.

„Das schon — aber —“

„Denn so lang zu, bevor ich alles weggeputzt hab.“

„Ja, wenp Du meinst, Jungbauer —“

Zögernd griff Gottlieb wieder nach seiner Gabel, aber es schmeckte ihm jetzt nicht mehr. Als Hanstöni aufschaute, ertrappe er den Alten dabei, wie er mit langen Blicken in seinem Gesicht forschte.

„Was ist denn auf einmal, Gottlieb?“ fragte er, wider Willen beunruhigt.

„Es ist — es wundert mich halt nur — ich mein, Du bist so guter Laun' heut —“

„Und warum soll ich's mit sein?“ fragte der Junge verdutzt. „Der Fuchs ist wieder frisch, das allein wär schon Grund genug.“

„Der Fuchs — ja — das freut mich schon recht, mich auch. Aber das Andere? Weißt es denn nit?“

„Was soll ich wissen? Jetzt sag endlich, was meinst. Ich hab' keine Weil mehr zum Schwatzen.“ bestimmte er ungeduldig.

Auf Hanstönis trohes Gesicht hatte sich ein Schatten gelegt. Noch unbestimmt, aber schon beklemmend in seiner Vorahnung fühlte er etwas Unheilvolles auf sich zukommen.

„Ich bring's halt nit zuwege,“ brabbelte der alte Gottlieb weinerlich. „Warum muß grad ich es Dir sagen? Hab' Dir mein Lebtag nichts abschlagen können, bist mir immer viel Lieb gewesen, und jetzt soll ich Dir wehtun? Ich tu's nit, ich bring's nit übers Herz.“

Hanstöni starrte den Alten erschrocken an, und ein ahnungsvolles Entsetzen begann sein einfaches Herz zu umkräneln, daß es wie ein Hammer schlug. Langsam, schwerfällig stand er auf.

„Das Liesebethli?“

Der alte Gottlieb ruckte ein wenig zusammen, dann nickte er schwer mit dem Kopf. Hinter Hanstönis Stirn begannen die Gedanken einen wilden Tanz: die Mutter — der Pfarrer. Er schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Sag's mir auf der Stell!“ schrie er wild, „oder ich schüttele Dich, bis Dir das Tumpen (Zögern) vergeht!“

Gottlieb duckte sich scheu.

„Fort — fort let's —“

„Fort!“ Ein Stöhnen drang aus Hanstönis breiter Brust. „Fort!“ fragte er noch einmal, „wohin denn?“

„Heim halt, für immer,“ sagte der Alte so schuldbehaftet, als hätte sein eigener Wille das Mädchen vertrieben.

„Für immer?“ Mitten in seinem Schrecken fing der Jungbauer auf einmal zu lachen an, ein verzerrtes, mißtönendes Lachen. „Du lägst ja. Ich glaub's Dir nit! Das Liesebethli gehört zu mir — zu mir — zu mir“, wiederholte er schreiend. „Meinst es geht weg von mir, ohne Abschied, ohne Gruß, nein, nein! Du wirst

halt schon kändig, Alter!“ fügte er, sich ein wenig beruhigend, hinzu.

Gottlieb sagte nichts, er ließ den Kopf noch tiefer hängen, er konnte es nicht mit ansehen, wie Angst und Unglauben in Hanstönis aufgewühltem Gesicht ruckten. Eine unheimliche Stille entstand, noch brüllender, noch lauter als am Abend zuvor.

Da wandte sich der Jungbauer in plötzlichem Entschluß zur Tür. Er zögerte noch einmal, als er die Hand auf die Klinke legte, dann stürmte er in großen Sätzen die Treppen hinauf in Liesebethlis Kammer. Er sah zuerst das Bett, dieses große, doppelschläfrige Bauernbett, sauber geschichtet lag es da, man hatte die Bettwäsche abgezogen; dann wanderte sein Blick zu dem ärmlichen Waschtisch, der Krug war leer und lag ordentlich zum Wegstellen in der Schüssel, leer war überhaupt die ganze Kammer, nichts, nichts mehr, was von menschlicher Gegenwart und Wärme zeugte. Ein eisiger Schauer packte Hanstönis treues Herz. „Es ist nit wahr!“ — flüsterte er heiser, „es darf nit wahr sein!“ Das leere Kämmerchen grinsten ihn boshaft an. Konnte er noch zweifeln? Er ging noch zum Kasten und s. ute verloren in seine gähnende Leere dann zog er nacheinander alle Schubläden heraus. Gierig forschte er nach einem Zeichen einer Botschaft von ihr. Irgend etwas mußte sich finden, ein armseliger Zettel nur mit einem lieben Wort, das Wiederkommen und Trost verhiß; aber er suchte vergebens.

Als Gottlieb ihn endlich die Treppe herunterkommen hörte, erschrak er über seinen schleppenden Schritt.

„Hanstöni — lieber Bueb —“ sagte er unwillkürlich, als er das verstörte Gesicht sah. Der aber wehrte nur müde ab. Er blieb an der Tür stehen, als müsse er sich stützen und senkte tief den Kopf.

Fortsetzung folgt